



Westlich der B233 soll das Schürenfeld entstehen. Doch bislang gibt es nur Vorplanungen.

▪ Foto: Archiv

Klares Bekenntnis zum Schürenfeld gefordert

Politik beschäftigt sich nächste Woche erneut mit dem Gewerbegebiet

Von Jennifer Freyth

FRÖNDENBERG ▪ Es gab nie ein klares Ja, aber eben auch nie ein klares Nein. Und so kommt das Gewerbegebiet Schürenfeld in der kommenden Woche erneut auf den Tisch.

Die Politik hatte 2009 beschlossen, die Pläne zur Erschließung der Fläche westlich der B233 ruhen zu lassen. Der Grund: Das Schürenfeld lässt sich wirtschaftlich nicht realisieren.

Jetzt aber ist ein klares Bekenntnis gefordert. Denn der Treuhandvertrag mit der WFG ist ausgelaufen. Der wurde im Oktober 2007 geschlossen. Er sah vor, dass die WFG das Projektmanagement übernimmt. Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Kreises Unna war für Planung, Erschließung, Endausbau, Grunderwerbsverhandlungen, Grunderwerb und Vermarktung der Gewerbeflächen zuständig. Zunächst für fünf Jahre.

Die WFG hat in der Zwischenzeit die planerische Er-

arbeitung der Gewerbefläche veranlasst. Es gibt bereits einen Bebauungsplanvorentwurf. Auf dieser Grundlage hat sie bereits Kosten ermittelt. 8,2 Millionen Euro für Grunderwerb, innere und äußere Erschließung sowie Projektmanagement, Marketing und Zinsen für die Finanzierung – so hatte es die Wirtschaftsförderungsgesellschaft der Politik vor fast genau vier Jahren vorgerechnet. WFG-Geschäftsführer Michael Danneborn appellierte damals an die Politik, schnell eine Entscheidung zu treffen – ansonsten „gehen hier über kurz oder lang die Lichter aus“.

Eine Entscheidung hat die Politik noch nicht getroffen. Und tatsächlich sind im Fröndenberger Westen mit dem Gemeindehaus in Ardey und der Bodelschwingschule in Dellwig die ersten Lichter erloschen.

In der kommenden Woche kommt nun erneut ein Vertreter der WFG nach Fröndenberg. In der gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt und des Aus-

schusses für Kultur und Tourismus wird er dann den bisherigen Sachstand zu Planungs- und Gutachtenvergäben sowie zur Kostenermittlung bis zur Planreife mitteilen. Und es wird natürlich auch um eine mögliche Fortführung gehen. Die Politik muss entscheiden, wie es weiter geht mit dem Schürenfeld; ob der Treuhandvertrag mit der WFG wie von der Verwaltung vorgeschlagen verlängert wird.

Ist das der Fall, würden die nächsten Schritte folgen: Der Flächennutzungsplan müsste geändert, die Gewerbeflächen in westliche Richtung erweitert werden. Und ein Bebauungsplan müsste aufgestellt werden. Schon vor zwei Jahren hatte Bauamtsleiter Wolfgang Geiseler dazu geraten – vorsorglich, um ihn bei Bedarf aus der Schublade zu holen.

Bedarf gibt es längst. Das hatte auch Kämmerer Günter Freck bei der Einbringung des Haushaltsentwurfs betont: „Ich bedaure es sehr, dass unsere verbleibenden freien Gewerbeflächen keine nennenswerten

Spielräume für Ansiedlungen bieten können. Wir hätten dringenden Bedarf an einer Ausweitung unserer Gewerbeflächen und müssten dementsprechend investieren und in Vorleistung gehen.“

Das betont auch die Verwaltung in ihrer Beschlussvorlage: „Die verfügbaren freien Flächen in den bestehenden Gewerbe- und Industriegebieten sind nicht im städtischen Besitz, sondern meistens Reserveflächen für die bestehenden Betriebe.“ Wer sich hier neu ansiedeln möchte, geht also leer aus.

Im Schürenfeld gäbe es jeden Platz. Doch es kostet eben auch Geld: Mit 20000 Euro würde der Bebauungsplan zu Buche schlagen, dazu kämen Kosten für die Verkehrsplanung. Doch Kosten entstehen auch, wenn die WFG die Planung nicht weiterführt, der Vertrag nicht verlängert wird. Dann nämlich müsste die Ruhrstadt die 85000 Euro erstatten, die die WFG in der Vergangenheit bereits für die Planung ausgegeben hat.